

(1) Antragsteller:	(2) Ansprechpartner und Rufnummer für Rückfragen:
	(3) Handelsregister/Amtsgericht: Geburtsdatum:

**Bundesnetzagentur
für Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen
Außenstelle**

Tel.

Ort, Datum

Erklärung zur Firmenänderung und Antrag auf Übertragung der Frequenznutzung

Frequenzzuteilungen (IDs) (bitte auflisten)	
--	--

Bisheriger Frequenzzuteilungsinhaber:
Name und Adresse

Künftiger Frequenzzuteilungsinhaber:
Name und Adresse inkl. E-Mail

A. Die Frequenzzuteilung/en soll/en zum _____.____._____ übertragen werden

- ☐ im Wege einer **Gesamtrechtsnachfolge** (z. B. infolge einer Verschmelzung, Auf- und Abspaltung oder Ausgliederung nach UmwG)
- ☐ im Wege einer **Einzelrechtsnachfolge** (Unterschrift des bisherigen u. des neuen Zuteilungsinhabers erforderlich)
- ☐ auf ein **verbundenes Unternehmen** im Sinne des § 15 des Aktiengesetzes
- ☐ von einer **natürlichen Person** auf eine **juristische Person**, an der die **natürliche Person beteiligt** ist,
- ☐ in Folge einer **Erbschaft**.

Hiermit beantrage ich die Zustimmung der Bundesnetzagentur zur Übertragung der o. g. Frequenzzuteilung(en).

B. Die Frequenzzuteilung/en wird/werden nicht übertragen. Es handelt sich um

- ☐ eine Namensänderung bei unveränderter Rechtspersönlichkeit
- ☐ einen Formwechsel nach § 190 ff. UmwG

Ort, Datum

Unterschrift bisheriger Zuteilungsinhaber,
bei Firmen rechtsgültige Zeichnung

Für den Fall der Übertragung (Fall A):

Ich bestätige die oben gemachten Angaben und bin bereit, die aus der Frequenzzuteilung erwachsenen Verpflichtungen wie etwa die Pflicht zur Zahlung der Beiträge entsprechend den gesetzlichen Vorschriften zu erfüllen.

<p>Ich möchte Bescheide als pdf per E-Mail erhalten.</p> <p><input type="checkbox"/> Elektronisch</p>	<p>Ich wünsche weiterhin Kommunikation per Brief.</p> <p><input type="checkbox"/> Papier</p>
--	---

Ort, Datum

Unterschrift neuer Zuteilungsinhaber,
bei Firmen rechtsgültige Zeichnung

Hinweis zum Datenschutz

Die Erhebung und Verwendung Ihrer, der Bundesnetzagentur mit diesem Antrag anvertrauten, personenbezogenen Daten erfolgt ausschließlich zur Erfüllung der vom Gesetzgeber der Bundesnetzagentur zugewiesenen Aufgaben und unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG). Zur Bearbeitung Ihres Antrags werden die im Antragsformular erbetenen Angaben vollständig benötigt. Ihre Daten werden automatisiert verarbeitet und, soweit zum Zwecke des Inkassos erforderlich, im Zahlungsüberwachungsverfahren (ZÜV) an die Bundeskasse übermittelt.

Datenschutzerklärung

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Aufgaben, die sich im Zusammenhang mit Frequenzuteilungen im Bereich des nichtöffentlichen mobilen Landfunks (nömL) aus dem Telekommunikationsgesetz (TKG) sowie der Verwaltungsvorschrift für den nichtöffentlichen mobilen Landfunk (VVnömL) ergeben ist die

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

vertreten durch ihren Präsidenten.

Tel.: +49 (0)228/14-0

E-Mail: Poststelle@bnetza.de

II. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

E-Mail: bDSB@Bundesnetzagentur.de

Fax: +49 (0) 228 / 14-64 14

III. Datenverarbeitung

1. Präambel

Nachfolgend möchte Sie die Bundesnetzagentur (BNetzA) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen in diesem Zusammenhang zustehenden Rechte informieren.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die BNetzA steht immer im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben.

2. Rechtsgrundlagen

Die Zwecke der Verarbeitung Ihrer Daten bei der BNetzA ergeben sich aus dem Telekommunikationsgesetz (TKG) und der Verwaltungsvorschrift für den nichtöffentlichen mobilen Landfunk (VVnömL) in der jeweils gültigen Fassung und werden gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c und e der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wahrgenommen.

3. Dauer der Speicherung Ihrer Daten

Ihre in diesem Rahmen erhobenen Daten werden bei der BNetzA 10 Jahre nach Ende der Befristung der zugeteilten Frequenz(en) gespeichert.

4. Auftragsverarbeitung

Für die Vereinnahmung von Abgaben sowie ggf. Mahnkosten und Säumniszuschlägen, zum Zweck der Zahlungsüberwachung und für etwaige Folgemaßnahmen bei Nichtzahlung setzt die Bundesnetzagentur Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) ein. Dies sind derzeit die Bundeskasse und die Bundeszollverwaltung.

IV. Ihre Rechte als von der Verarbeitung betroffene Person

Ihnen stehen wegen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten insbesondere folgende gesetzliche Rechte zu:

1. Recht auf Auskunft

Hinsichtlich der von Ihnen durch die BNetzA verarbeiteten personenbezogenen Daten haben Sie gemäß Art. 15 DSGVO das Recht auf kostenfreie Auskunft insbesondere über:

- die Verarbeitungszwecke,
- die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden,
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden,
- die geplante Speicherdauer bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer,
- die Herkunft der Daten, wenn diese nicht von der BNetzA bei Ihnen erhoben worden sind.

Es gelten die in § 34 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S 2097 BDSG) geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

2. Recht auf Berichtigung

Gemäß Art. 16 DSGVO haben Sie das Recht auf unverzügliche Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten sowie gegebenenfalls das Recht auf Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten unvollständigen Daten.

3. Recht auf Löschung

Gemäß Art. 17 DSGVO haben Sie das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn die Voraussetzungen des Art. 17 Abs. 1 DSGVO vorliegen. Dieses Recht besteht aber gemäß Abs. 3 zum Beispiel dann nicht, wenn die Verarbeitung der Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, eine weitere Verarbeitung der ihn angehenden personenbezogenen Daten vorläufig zu verhindern, wenn die Voraussetzungen des Art. 18 Abs. 1 vorliegen, z.B. solange eine Prüfung entgegenstehender Rechte des Betroffenen noch andauert.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit

Gemäß Art. 20 DSGVO haben Sie das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie der BNetzA zur Verfügung gestellt haben, in einem gängigen, strukturierten und maschinenlesbaren Format zu erhalten, wenn die BNetzA diese Daten auf Grundlage Ihrer Einwilligung verarbeitet und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt. Dieses Recht gilt nach Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt.

6. Widerspruchsrecht

Wenn und soweit die BNetzA Ihre personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder zur Wahrung von berechtigten Interessen verarbeitet (Art. 6 Abs. 1 lit. e und f DSGVO), haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, dieser Verarbeitung nach Art. 21 DSGVO zu widersprechen. Machen Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch, verarbeitet die BNetzA die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, sie kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Das Recht auf Widerspruch besteht gem. § 36 BDSG nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Personen überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

7. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie - unbeschadet anderer Rechtsbehelfe - das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen geltendes Recht verstößt. Für die BNetzA ist als Aufsichtsbehörde zuständig:

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Husarenstr. 30

53117 Bonn